

der Beschluss über die Änderungen der Verfassungsgesetze. Beide Geschäfte sind eine Folge der neuen Kantonsverfassung. – Bei vier Gegenstimmen und nach einigen Diskussionen wurde die Änderung der Verordnung über die Besoldung der Lehrer an den Gemeindeschulen gutgeheissen. Sie bringt eine Anpassung der Löhne der Real- und Berufswahlklassenlehrer an diejenigen der Sekundarlehrer. – Im Schnellzugtempo hat der Rat Änderungen der Zivilprozessordnung und der Gebührenordnung oppositionslos gutgeheissen. Ohne Gegenstimmen gutgeheissen wurde auch die Aufhebung der Milchwirtschaftsverordnung von 1966.

Ohne Gegenstimmen gutgeheissen hat der Kantonsrat an seiner Sitzung vom 11. Dezember nach rund dreistündiger Debatte das Budget 1996, das in der Laufenden Rechnung bei gleichbleibendem Steuerfuss bei einem Gesamtaufwand von 258 Millionen Franken ein Rekorddefizit von gut 8,7 Millionen Franken vorsieht. Mehrere Streichungsanträge wurden abgelehnt, und das Budget passierte lediglich mit einer geringfügigen Korrektur. Für das Defizit verantwortlich sind vor allem zwei Positionen: die Mehrausgaben, die sich für den Kanton aufgrund der Einführung des neuen Krankenversicherungsgesetzes ergeben, und anderseits die ausbleibende Dividende der Auserrhoder Kantonalbank. – Den mit einigen Unsicherheitsfaktoren behafteten, als «sehr optimistisch» bezeichneten Finanzplan 1997 bis 1999 und den Investitionsplan 1997 bis 2001 konnte der Rat lediglich diskutieren und zur Kenntnis nehmen. Falls 1997 erneut keine Erträge der Kantonalbank zu erwarten sind, ist gemäss Finanzdirektorin Marianne Kleiner eine Steuererhöhung wohl unausweichlich. – Bei einer Gegenstimme wurde in erster Lesung die Landgemeindevorlage eines Gesetzes über Inkasohilfe und Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen gutgeheissen, das im Hinblick auf die Herabsetzung des Mündigkeitsalters auf 18 Jahre geändert werden muss. Die Wohngemeinde kann weiterhin bis zum 20. Altersjahr Vorschüsse leisten. – Oppositionslos wurde in erster Lesung eine Änderung des Gesetzes über die Handlungsänderungssteuer gutgeheissen. Die Vorlage ist eine Folge der Revision der Kantonsverfassung. Das letzte Wort hat ebenfalls die Landgemeinde. – Eine mit den Sozialpartnern abgesprochene und von der Finanzdirektorin als «Kompromiss» bezeichnete Revision der Pensionskassenverordnung für das Staatspersonal und die Lehrer wurde nach ausführlichen Erörterungen ohne Gegenstimmen gutgeheissen. – In zweiter Lesung verabschiedet hat der Rat die Teilrevision der Angestelltenverordnung. Für Diskussionsstoff sorgte die Ruhestandsregelung. Mit 27:22 Stimmen wurde ein Antrag abgelehnt, der die Formulierung der ersten Lesung wieder aufnehmen wollte, während die Regierung schliesslich erfolgreich eine flexiblere Lösung vorgeschlagen hatte, die sowohl den Altersrücktritt bei AHV-Pensionierung als auch einen (anstellungsrechtlich) geschlechtsunabhängigen Eintritt in den Ruhestand ermöglicht. – Bei zwei Gegenstimmen wurde schliesslich ein Kredit von 1,7 Millionen Franken für eine wei-

tere Sanierungsetappe und eine Nutzungsverbesserung des Fünfeckpastes in Trogen gutgeheissen.

Verschiedenes

Jubiläen und Feste. Mit verschiedenen Anlässen hat der Industrieverein von Appenzell Auserrhoden im Berichtsjahr das Jubiläum seines 50jährigen Bestehens gefeiert. Höhepunkt war die Jubiläumshauptversammlung mit Bundespräsident Arnold Koller als Gastreferent. Dem Industrieverein gehören über 100 Unternehmen an, die zusammen rund 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigen. – Jubiliiert hat 1995 auch der Gewerkschaftsbund von Appenzell Auserrhoden, der sein 75jähriges Bestehen feiern konnte. An der Jubiläumsfeier betonten sowohl Vertreter von Industrie und Gewerbe als auch der Regierung die Bedeutung der Sozialpartnerschaft, für die der Gewerkschaftsbund wichtiger Partner sei. – Schliesslich feierte das Auserrhoder Jugendparlament im Herbst noch sein fünfjähriges Bestehen. Das Jugendparlament war als Idee zum 700-Jahr-Jubiläum der Eidgenossenschaft gedacht, hat dann aber das Jubiläumsjahr überdauert. – Der Innerrhoder Hauptort Appenzell war am letzten Mai-Wochenende Schauplatz des achten Appenzellischen Kantonal-Musikfestes. 16 Korps aus dem Verbandsgebiet und elf Gastvereine fanden sich bei guten äusseren Bedingungen in Appenzell ein. In den Aulen des Schulhauses Gringel und des Kollegiums und im Freien stellten sich die Musikkorps den Experten. Abschliessender Höhepunkt des von rund 1200 Musikantinnen und Musikanten besuchten Festes bildeten die Rangverkündigung und der Gesamtchor am Sonntag auf dem Landgemeindeplatz. – Im Juni stand Speicher ganz im Banne des Kantonalturnfestes. An dem vom schönsten Wetter begünstigten Anlass nahmen rund 3700 Turnerinnen und Turner aus Auser- und Innerrhoder Vereinen teil. Aktive jeden Alters beteiligten sich an den Wettkämpfen sowohl in den leichtathletischen Disziplinen als auch mit gymnastischen Vorführungen und mit Ballspielen.

Kulturelles. Auch dieses Jahr verlieh die Auserrhodische Kulturstiftung Werk- und Förderbeiträge im Gesamtwert von 55 000 Franken. Den Förderpreis von über 15 000 Franken erhielt der Konzertpianist Peter Waters. Der gebürtige Australier wohnt bereits seit 18 Jahren im Appenzellerland und unternahm während dieser Zeit zahlreiche Konzerttournée in Australien, Europa und Russland. Die Kulturstiftung würdigte Peter Waters als Vermittler zwischen verschiedenen Musikstilen. Die in Zürich geborene und in Speicher wohnhafte Olivia Etter erhielt als Preis einen Werkzeitbeitrag über 20 000 Franken. Markus Müller aus Teufen erhielt einen Werkpreis von 10 000 Franken für seine aus gesammelten Materialien zusammengeführten Konstruktionen und Skulpturen. Ray-

dem Bund und den Kantonen Ausserrhoden und St. Gallen einerseits und der Rorschach-Heiden-Bergbahn andererseits. Dabei geht es um die Anschaffung eines neuen Triebwagens. – In seiner Antwort auf eine Interpellation von Kantonsrat Hanspeter Lanker, Speicher, wandte sich Erziehungsdirektor Hans Höhener gegen kantonsrätliche Richtlinien für die Klassengrößen. Flexible, der Situation angepasste Lösungen in den Gemeinden brächten mehr als starre Zahlen.

Das Ja zu einer neuen Schule für Gesundheits- und Krankenpflege auf dem Areal der Kantonalen Psychiatrischen Klinik (KPK) in Herisau und die Zustimmung zu höheren Motorfahrzeugsteuern standen im Mittelpunkt der Sitzung des Kantonsrates vom 4. September. Die bisherige Schule für psychiatrische Krankenpflege soll auf den Spätherbst 1996 in eine Schule für Gesundheits- und Krankenpflege umgewandelt werden. Nach eingehender Diskussion stimmte der Rat einem entsprechenden Antrag der Regierung zu. Ein breiteres Ausbildungsangebot und eine Loslösung von der Psychiatrischen Klinik sollen zu einer attraktiveren Ausbildung führen, sagte Sanitätsdirektorin Alice Scherrer. Nach dem neuen Ausbildungskonzept des Schweizerischen Roten Kreuzes (SRK) sollen künftig Pflegepersonen nicht in erster Linie für bestimmte Teilbereiche wie Kinderkrankenpfleger, Psychiatrischwester oder Gemeindepfleger ausgebildet werden. Vielmehr sollen Generalistinnen und Generalisten geschult werden. Das neue Angebot soll mit seiner vierjährigen Ausbildung zum höheren der beiden vom SRK anerkannten Diplome führen. Ein Antrag, wonach die Kantonsspitäler Herisau und Heiden zur Übernahme von Praktikantinnen verpflichtet werden sollten, wurde ebenso verworfen wie ein weiterer Antrag, der auch eine Ausbildung zur tieferen Diplomstufe (drei Jahre) forderte. – Die Motorfahrzeugsteuern sollen ab 1996 zwischen 7,69 und 19,05 Prozent (im Durchschnitt um knapp 10 Prozent) erhöht werden. Ursprünglich war eine Erhöhung – mit Systemwechsel von der Hubraum- zur Gesamtgewichtsbesteuerung – erst für 1998 vorgesehen gewesen. Die aktuelle Finanzsituation bewog die Regierung indes, die Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer vorzuziehen. Mit der entsprechenden Verordnungsänderung sollen Mehreinnahmen von rund einer Million Franken erzielt werden. Ein Antrag auf Nichtreitreten wurde mit deutlichem Mehr abgelehnt. – Ausserdem diskutierte der Kantonsrat die Sach- und Terminplanung der Regierung für 1996 bis 1999. Im Sinne einer strategischen Zielsetzung hatte die Regierung beschlossen, das Haushaltsgleichgewicht ohne Steuererhöhung herbeizuführen. Mit dem schönen Steuerparadies müsse aufgeräumt werden, forderte ein Ratsmitglied; ihm widersprachen andere Ratsmitglieder. Ausserrhoden sei längst kein Steuerparadies mehr. Sie warteten vor weiteren Steuererhöhungen.

An der Kantonsratssitzung vom 23. Oktober stand die Volksinitiative über die Einführung der 5-Tage-Woche an den Ausserrhoder Schulen im

Vordergrund. Nach längerer Diskussion beschloss der Rat in erster Lesung mit 34 zu 28 Stimmen, das entsprechende Volksbegehren der Landsgemeinde zu Annahme zu empfehlen. Abgelehnt hat der Rat den regierungsrätlichen Antrag, den schulfreien Samstag über eine Änderung des Schulgesetzes einzuführen. Bereits vor zwei Jahren hatte die Regierung die Einführung der Fünf-Tage-Woche an den Schulen beantragt. Der Kantonsrat lehnte indes damals eine dazu notwendige Änderung der Schulverordnung knapp ab. Daraufhin wurde eine Initiative zugunsten des unternichtsfreien Samstags eingereicht. – Unbestritten blieb im Kantonsrat die Revision des Gesetzes über die Politischen Rechte. Es geht dabei vor allem um notwendige Anpassungen an die neue Kantonsverfassung. – Der Kantonsrat hat im weiteren die teilrevidierte Verordnung über die Kantonsschule genehmigt. Damit kann an der Kantonsschule in Zukunft auch die kaufmännische Berufsmaturität angeboten werden. Im Rat war dem Vorhaben Opposition erwachsen, weil eine Konkurrenzierung der BMS Herisau befürchtet wurde. Änderungsanträge wurden jedoch abgelehnt. – Ohne Gegenstimme und nach Gutheissung einiger kleinerer Änderungen hat der Kantonsrat die Verordnung über die Gebäude- und Grundstückversicherung (Assekuranzversicherung) genehmigt. – Wenig zu reden gab im Rat die Verordnung über den Feuerschutz (Feuerschutzverordnung), die ohne Gegenstimme gutgeheissen wurde. Massgebend dafür ist das Gesetz über den Feuerschutz. – Längere Zeit debattierte der Rat über eine Änderung der Angestelltenverordnung, wobei vor allem die Frage des Teuerungsausgleichs und des Ruhestandsalters Anlass zu Diskussionen gab. Die Vorlage wurde bei 6 Gegenstimmen gutgeheissen, aber angesichts der Komplexität der Materie schliesslich einer zweiten Lesung unterstellt. – Als Ersatz für Urs Früh, Heiden, Herbert Furrer, Teufen, und Hanspeter Walser, Urnäsch, wählte der Rat Ruth Betschon-Schürch, Heiden, Jessica Kehl-Lauff, Grub, und Christian Nänny, Bühler, zu eidgenössischen Geschworenen.

Fünf Landsgemeindevorlagen hat der Kantonsrat an der Sitzung vom 13. November in erster Lesung verabschiedet. Ohne Gegenstimmen hat der Rat das neue Waldgesetz verabschiedet. Diskutiert wurde dabei auch über das Gentechnik-Verbot, das aufrechterhalten wird. – Nach zäher Debatte über die Rolle der Medien und zahlreichen (meist erfolglosen) Abschwächungsanträgen wurde das Informationsgesetz bei vier Gegenstimmen verabschiedet. Im Zentrum steht der Wechsel vom Geheimhaltungs- zum Öffentlichkeitsprinzip. Betroffene erhalten vermehrt das Recht zur Akteneinsicht. – Bei einer Gegenstimme wurde als weiteres Landsgemeindegesetz das Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz durchberaten. Dabei wurde der Anteil der Gemeinden an der Prämienverbilligung von bisher einem Drittel auf die Hälfte der Kosten erhöht, die der Kanton aufzubringen hat. – Keine Wellen warfen die Ergänzung der Strafprozessordnung im Bereich des Jugendstrafrechts und

letzten Mal Rechnung und Bericht in der jetzigen Form vorgelegt wurden. Gemäss neuem Kantonalbankgesetz übt in Zukunft nicht mehr das kantonale Parlament die Oberaufsicht über das Institut aus. – Der Kantonsrat billigte ebenfalls einstimmig Geschäftsbericht und Rechnung der Assekuranz von Appenzell Ausserrhodens. – In zweiter Lesung hat der Kantonsrat das Finanzhaushaltsgesetz zuhanden der Landsgemeinde verabschiedet. Das Gesetz gilt für den Kanton und die Gemeinden und verpflichtet diese zu einer mittelfristig ausgeglichenen Rechnung. – Der Kantonsrat hat im weiteren die Verordnung über die Prämienverbilligung in der Krankenversicherung verabschiedet. Darin wird festgelegt, aufgrund welcher Kriterien Prämien verbilligt werden und dass die Auszahlung der Verbilligungen über die Kassen passieren muss.

Die im Verhältnis eins zu drei erfolgte Annahme der totalrevidierten Ausserrhodener Kantonsverfassung war der wichtigste Entscheid der Landsgemeinde am 30. April in Hundwil. Die Landsgemeinde fand bei bedecktem Himmel, aber ohne Regen statt und war durchschnittlich besucht. Mit Ausnahme des Gesetzes über Erwerbsersatzleistungen an finanzschwache Eltern wurden alle Sachvorlagen mit jeweils nur vereinzelt Gegenstimmen gutgeheissen. Bestätigt wurden die Regierungsmitglieder Ernst Graf, Hans Höhener, Hanswalter Schmid, Werner Niederer, Ueli Widmer, Marianne Kleiner und Alice Scherrer. Sichtbare Gegenstimmen erhielten die Regierungsräte Hanswalter Schmid, Hans Höhener und Ueli Widmer, bei den andern waren nur vereinzelt Gegenstimmen sichtbar. Bestätigt wurde auch Landammann Hans Höhener, ebenfalls gerufen wurde Werner Niederer. Alle sich zur Wiederwahl stellenden Mitglieder des Obergerichts, des Verwaltungsgerichts und der Landweibel wurden ebenfalls mit klaren Ergebnissen bestätigt. – Nachdem die Staatsrechnung 1994 mit nur vereinzelt Gegenstimmen gutgeheissen worden war, stand die Abstimmung über die neue Kantonsverfassung an. Weil in der neuen Verfassung keine Möglichkeit vorgesehen ist, über kantonale Belange auch an der Urne zu entscheiden, erwuchs der Verfassung im Vorfeld der Landsgemeinde noch Opposition. Schon nach dem ersten Ausmehren stand aber fest, dass in Ausserrhodens die geltende Verfassung aus dem Jahre 1908 durch eine neue Kantonsverfassung ersetzt wird. Mit jeweils nur wenigen Gegenstimmen wurden anschliessend das Finanzhaushaltsgesetz, das Assekuranzgesetz und das Feuerschutzgesetz gutgeheissen. Nicht ganz unerwartet gescheitert ist an der Landsgemeinde das Gesetz über Erwerbsersatzleistungen an finanzschwache Eltern, welchem bereits im Kantonsrat Widerstand erwachsen war. Dreimal musste ausgemehrt werden, bis definitiv feststand, dass eine Mehrheit der Ausserrhodenerinnen und Ausserrhodener kein Gesetz will, gemäss dem Kanton und Gemeinden während eines Jahres Beiträge an Eltern ausrichten sollten, die durch die Geburt eines Kindes in eine finanzielle Notlage geraten waren. Unbestritten waren abschliessend das Einführungsgesetz zum Raumplanungs-

gesetz, der Beschluss über die Neuordnung der unentgeltlichen Rechtspflege sowie die Verdoppelung der Verjährungsfrist im kantonalen Strafrecht.

Im Vorfeld der Landsgemeinde war von Gegnern der neuen Kantonsverfassung beim Bundesgericht eine staatsrechtliche Beschwerde gegen die Entscheide der Landsgemeinde eingereicht worden. Die Beschwerdeführer argumentierten, das Abstimmungsverfahren an der Landsgemeinde stehe im Widerspruch zu den Stimm- und Wahlrechtsgarantien, wie sie in der Bundesverfassung festgehalten seien. Sie verlangten, dass die Beschlüsse des Kantonsrates und des Regierungsrates über die Verfassungsausschüsse aufzuheben seien, zudem sollte der Beschwerde aufschiebende Wirkung zukommen. Das Bundesgericht hat mit seinem am 12. April bekanntgewordenen Entscheid beide Begehren abgelehnt und damit die Beschwerde auch materiell abgewiesen.

Landammann Hans Höhener eröffnete verfassungsgemäss die konstituierende Sitzung des Kantonsrates am 19. Juni. In seinen Ausführungen kritisierte er den Bund, der vor allem die kleineren Ostschweizer Kantone offenbar kaum mehr zur Kenntnis nehme. Als Beispiele führte der Landammann die Revision des Krankenversicherungsgesetzes und die mangelhafte Radioversorgung an. Erstmals im Kantonsparlament sassen die neugewählten Hans Knöpfel, Urnäsch; Hansruedi Müller, Stein; Mathias Eisenhut, Gais; Rolf Degen, Rehetobel; Johannes Rieder, Grub; Elsbeth Gähler, Lutzenberg, und Ruth Tobler, Walzenhausen. Der Frauenanteil im Rat war nach den Ersatzwahlen auf 17,5 Prozent gestiegen. – Hans Schär, Stein, wurde einstimmig zum neuen Präsidenten des Kantonsrates gewählt. Er ersetzt den nach zwei Amtsjahren zurückgetretenen Heinz Keller, Grub. Vizepräsident wird Urs Tischhauser, Bühler. Als erste Stimmzählerin rückt Elisabeth Kunz, Herisau, auf. Zweiter Stimmzähler wird Josua Böttschi, Heiden. Als dritter Stimmzähler neu im Büro Einsitz nimmt Hans Altherr, Trogen. In verschiedenen Kommissionen mussten Demissionäre ersetzt werden. So erhielt die Staatswirtschaftliche Kommission mit Konrad Frischknecht, Herisau, einen neuen Präsidenten. Bei Kampfwahlen setzten sich in der Finanzkommission Walter Nyffeler, Herisau, und in der Wahlvorbereitungskommission für das Kantonsgericht Rainer Isler, Teufen, durch. Für den zurückgetretenen Walter Sturzenegger, Herisau, wurde der Jurist Philipp Ludwig, Herisau, neu ins Kantonsgericht gewählt. – Nach kurzer Diskussion wurde die 38. Serie der Objekt- und Rahmenkredite für den Strassenbau mit einer Gesamtsumme von 7,31 Millionen Franken einstimmig genehmigt. – Mit einer Gegenstimme hiess der Rat die 6. Vereinbarung zwischen dem Bund und den Kantonen St. Gallen, Ausserrhodens und Thurgau einerseits und der Bodensee-Toggenburg-Bahn andererseits gut. Dabei geht es um den Ausbau des Depots Herisau und um die Modernisierung von Fahrzeugen. Einstimmig erfolgte die Absegnung der 2. Vereinbarung zwischen

übrigen eidgenössischen Vorlagen deckte sich das Ergebnis von Ausser-
rhoden jeweils mit dem gesamtschweizerischen Resultat.

		Ja	Nein
12. März	Verfassungsartikel zur Landwirtschaft	6 690	8 962
	Revidierter Milchwirtschaftsbeschluss	5 568	10 991
	Solidaritätsabgaben	5 180	11 371
	Ausgabenbremse	13 782	2 585
25. Juni	10. AHV-Revision	10 673	5 114
	AHV-Initiative	2 951	12 693
	Erwerb von Grundstücken durch Ausländer	6 051	9 641

Staatsrechnung 1995

Die Laufende Rechnung 1995 schliesst mit einem Ertragsüberschuss von 828 000 Franken ab. Das bedeutet gegenüber dem budgetierten Defizit von 6,85 Millionen Franken einen um 7,6 Millionen Franken besseren Abschluss, dies bei Gesamtaufwendungen von 236,5 Millionen Franken. Dieser höchste Besserabschluss seit vielen Jahren ist nach den Worten von Finanzdirektorin Marianne Kleiner umso bemerkenswerter, als die Einnahmen aus der Landessteuer sogar noch um 1 Million Franken unter den Budgeterwartungen blieben. Bei den Ausgaben konnten demnach rund 9 Millionen Franken gespart werden, waren doch 1995 kaum Mehrerträge zu verzeichnen. Zum Besserabschluss trugen in besonderem Masse das geringere Betriebsdefizit der Kantonalen Psychiatrischen Klinik und Einsparungen beim Personalaufwand, ein aus Sparmassnahmen resultierender Minderaufwand bei den Zinsen sowie eine tiefere Finanzkraftseinstufung bei; dazu haben auch verschiedene im Laufe des Jahres eingeleitete Sparmassnahmen Wirkung gezeigt. – Die Nettoinvestitionen liegen mit rund 29 Millionen Franken um knapp 4 Millionen Franken unter dem Budget. Die geringeren Nettoinvestitionen und das 7,6 Millionen Franken bessere Ergebnis der laufenden Rechnung ermöglichten einen Finanzierungsfehlbetrag von nur 6,6 Millionen Franken, budgetiert war ein solcher von 20,5 Millionen Franken. Die Nettoverschuldung des Kantons stieg per Ende 1995 auf 58 Millionen Franken an; der Finanzplan rechnete für den gleichen Zeitpunkt mit einer Nettoverschuldung von rund 62 Millionen Franken.

Kantonsrat und Landsgemeinde

Wichtigstes politisches Geschäft im Verlaufes des Jahres war die Verab-

schiedung der totalrevidierten Kantonsverfassung sowohl im Kantonsrat als auch an der Landsgemeinde in Hundwil durch das Stimmvolk.

Die definitive Verabschiedung der neuen Kantonsverfassung zuhnden der Landsgemeinde war das wichtigste Geschäft der Kantonsratsitzung vom 20. Februar. Mit 57:3 Stimmen wurde die totalrevidierte Verfassung in zweiter Lesung gutgeheissen. Nach einer längeren Debatte wurde allen Versuchen, Urnenabstimmungen zu ermöglichen, eine Absage erteilt. Grössere Änderungen brachte die zweite Lesung nicht mehr. Überraschend wurde indessen der Artikel zur Schaffung einer kantonalen Ombudsstelle gestrichen. Diskussionslos wurde – ebenfalls in zweiter Lesung – das Gesetz über die Einführung des Bundesgesetzes über die Raumplanung mit 57:0 Stimmen an die Landsgemeinde überwiesen. – Dem Gesetz über die Gebäude- und Grundstückversicherung (Assekuranzgesetz) wurde in zweiter Lesung mit 58 Ja bei einer Enthaltung zugestimmt. Abgelehnt wurde dabei ein Antrag, aufgrund neuer wissenschaftlicher Studien doch die Möglichkeit zur Aufhebung des Monopols der kantonalen Gebäudeversicherung zu schaffen. Mit 57:1 Stimmen pasierte in zweiter Lesung das separat vorgelegte Feuerschutzgesetz. Im Gegensatz zur ersten Lesung blieb praktisch unbestritten, dass Samariter von der Abgabe befreit bleiben. Ein Antrag, die Befreiungsgründe generell den Gemeinden zu überlassen, wurde abgelehnt. Relativ knapp, mit 31:23 Stimmen, überstand die Landsgemeindevorlage zum Gesetz über Erwerbsersatzleistungen für finanzschwache Eltern die zweite Lesung. Dabei wurde die Karenzfrist von sechs Monaten wieder gestrichen. Diskussionslos schaffte mit 55:1 Stimmen die Neuordnung der unentgeltlichen Rechtspflege im Zivil- und Strafverfahren die Hürde der zweiten Lesung und kommt nun vor die Landsgemeinde. Mit 55:0 Stimmen wurde der Änderung des Gesetzes über das kantonale Strafrecht (Verjährungsfristen) zugestimmt. Auch dieses Geschäft muss noch vor die Landsgemeinde. Ohne jegliche Diskussion wurde einer Teilrevision der Verordnung über die Pensionskasse für das Staatspersonal zugestimmt, die weiter am Leistungsprimat festhält.

Die oppositionslose Genehmigung der erneut positiv abschliessenden Staatsrechnung 1994 war das wichtigste Geschäft der Sitzung des Kantonsrates am 13. März. Sie schliesst mit einem Ertragsüberschuss von 3,25 Millionen Franken ab und ist um 2,35 Millionen Franken günstiger ausgefallen als das Budget. Hervorgehoben wurde, dass das gute Resultat nicht durch höhere Steuereinnahmen wie in früheren Jahren, sondern weniger Ausgaben und damit dank Sparanstrengungen zustande gekommen ist. Zu einigen Diskussionen Anlass gab der anhaltende Rückgang der Pflgetage in der Kantonalen Psychiatrischen Klinik (KPK). Sanitätsdirektorin Alice Scherrer erklärte dazu, dass Fragen rund um die KPK in Prüfung seien. – Rechnung und Bericht der Ausserrhoder Kantonalbank fanden einstimmig die Genehmigung durch den Kantonsrat, dem zum

Landeschronik von Appenzell A.Rh. für das Jahr 1995

von Jürg Bühler, Herisau

Wahlen in National- und Ständerat

Turnusgemäss standen am Wochenende von 21./22. Oktober die alle vier Jahre stattfindenden Wahlen in die eidgenössischen Räte auf dem Programm. Um die beiden durch die Rücktritte von Hans Rudolf Früh (FDP) und Herbert Maeder (parteilos) freierwerdenden Nationalratssitze bewarben sich zwei Frauen und acht Männer: Ruth Tobler, Walzenhausen, und Markus Zoller, Schwellbrunn, von der SP; Armin Stoffel, Herisau, von der CVP; Stefan Ambühl, Stein, vom Gewerkschaftsbund; Dorle Vallender, Trogen, und Hansueli Schläpfer, Herisau, von der FDP; Matthias Schreier, Teufen, von der Freipartei; Jakob Freund, Bühler, und Josef Brülisauer, Herisau, von der SVP; sowie Hans Gantenbein, Speicher, als parteiloser Kandidat. Zu einer Listenverbindung kam es zwischen SP und Gewerkschaftsbund, während eine solche zwischen CVP und FDP am Nein der Freisinnigen gescheitert war. Die Wahlen endeten mit einer Überraschung: Gewählt wurden die FDP-Frau Dorle Vallender und der SVP-Mann Jakob Freund, seines Zeichens Ausserhoder Landweibel. Damit repräsentiert erstmals seit fast 90 Jahren ein bürgerliches Duo Appenzell A.Rh. im Nationalrat. Der zweite freisinnige Bewerber Hansueli Schläpfer lag 240 Stimmen hinter Dorle Vallender zurück. Nur knapp geslagen wurden SP und Gewerkschaften, hätte deren Listenverbindung nämlich 34 Stimmen mehr gemacht, hätte Ausserhoden das Frauen-Duo Dorle Vallender und Ruth Tobler nach Bern gesandt.

	Parteistimmen	Kandidatenstimmen
SP	5 154	Ruth Tobler 3042 Markus Zoller 2069
CVP	3 240	Armin Stoffel 3224
Gewerkschaftsbund	2 307	Stefan Ambühl 2306
FDP	12 401	Dorle Vallender 6252 Hansueli Schläpfer 5991
Freiheitspartei	3 032	Matthias Schreier 3030
SVP	7 494	Jakob Freund 4041 Josef Brülisauer 3282
Liste 7	405	Hans Gantenbein 398

Keine grossen Wellen warf die Wahl in den Ständerat. Dem sich zur Wiederwahl stellenden Otto Schoch, Herisau, stand kein Gegenkandidat gegenüber, so dass dieser mit 6467 Stimmen (1143 Stimmen entfielen auf Vereinzelte) klar wiedergewählt wurde. Die Stimmbeteiligung war mit 49 Prozent 4,5 Prozent höher als vor vier Jahren. Die Ständeratswahl war die letzte an der Urne. In der an der Landsgemeinde angenommenen neuen Kantonsverfassung ist nämlich festgelegt, dass der Ausserhoder Ständesvertreter in Zukunft an der Landsgemeinde gewählt werden wird.

Ausserhoder Ständeratspräsident

Eine grosse Ehre erfuhr der Ausserhoder Ständerat Otto Schoch im Dezember 1995: Die Kleine Kammer wählte ihn am 5. Dezember mit 41 von 42 gültigen Stimmen zum Ständeratspräsidenten für das Jahr 1996. Otto Schoch ist nach Johann Jakob Hohl (1896), Johannes Baumann (1920/21) und Walter Ackermann (1946/47) der vierte Ausserhoder auf dem Präsidentenstuhl des Ständerates. Nach der Wahl warb Otto Schoch in seiner Antrittsrede für Toleranz und Verständnis gegenüber Andersdenkenden und rief die Kleine Kammer zu konstruktiver Kompromissbereitschaft auf. Am 6. Dezember wurde der neue Ständeratspräsident dann zusammen mit seiner Frau Silvia in seiner Wohngemeinde Herisau festlich empfangen. Nach der Ankunft des Extrazuges formierte sich ein feierlicher Umzug mit zahlreichen Gästen zur evangelischen Kirche, wo der eigentliche Festakt stattfand. Landammann Hans Höhener sagte vor den rund 270 geladenen Gästen in der Kirche, wer Otto Schoch kenne, wisse, dass er seine politischen Aufgaben als engagierter liberaler Politiker ernst nehme, und dass er auch einmal quer stehen könne. Der neue Ständeratspräsident selber betonte in seiner Rede, dass es für einen Politiker wichtig sei, zu Hause stabil und krisensicher verankert zu sein. Bundesrat Arnold Koller überbrachte Otto Schoch die Glückwünsche des Bundesrates. Musikalisch umrahmt wurde der Festakt in der Kirche von einer Appenzeller Streichmusik in Grossformation.

Eidgenössische Abstimmungen

Neben den Gesamterneuerungswahlen für den National- und Ständerat hatten die Stimmberechtigten 1995 noch an zwei Wochenenden zu eidgenössischen Vorlagen Stellung zu nehmen. Am meisten diskutiert wurden dabei die drei Landwirtschaftsvorlagen. Diese wurden, was nicht unbedingt erwartet worden war, auf gesamtschweizerischer Ebene abgelehnt. In Ausserhoden wurden die drei Vorlagen noch stärker verworfen, als dies im Durchschnitt in den übrigen Kantonen geschah. Auch bei den